

Rudolf Walther

Nuit debout: mehr als nur Chaoten

Verglichen mit den 70er Jahren hat sich auch in Frankreich die Zahl der Streiktage reduziert: von knapp 300 auf 100 je 1.000 Arbeitstage. Aber die Streikbereitschaft liegt immer noch 25 Mal höher als in der Bundesrepublik. Jede Regierung der V. Republik hat es fertiggebracht, mit Gesetzesvorhaben die Gewerkschaften zu provozieren und deren Mitglieder für Streiks zu mobilisieren. Die Regierung von Manuel Valls legte im Februar eine Arbeitsrechtsreform vor, die die Gewerkschaften als Kampfansage verstanden. Mit ihr sollte der unübersichtliche Dschungel des »Code du travail« mit seinen 3.600 Seiten etwas gelichtet werden. Das Arbeitsrecht sollte »vereinfacht«, der »soziale Dialog« gestärkt und vieles »liberalisiert« werden. Die »Reform« trug die Handschrift des altliberalen Wirtschaftsministers Emmanuel Macron und gehorchte den marktüblichen Imperativen: »Mehr arbeiten! Weniger verdienen! Leichter kündigen!« Die Gewerkschaften verstanden dies von Anfang an nicht als Einladung zum »sozialen Dialog« und zu mehr »Sozialpartnerschaft« nach deutschem Modell und antworteten mit Protesten und Streiks.

Im Gefolge dieser Proteste bildete sich im März die soziale Bewegung »Nuit debout« (»Nachts aufstehen« oder frei übersetzt: »Wir waren eingeschlafen und werden erwachen«). Sie wurde zum Flächenbrand, der sich auf 170 Städte ausbreitete, in denen zumeist junge Menschen über ein anderes Leben in einer gerechteren Gesellschaft diskutieren. Auch die Streikbewegung gegen die Arbeitsrechtsreform gewann an Schwung. Am 31. März demonstrierten im ganzen Land weit über eine Million Menschen, obwohl die drei großen Gewerkschaftsverbände gespalten waren: der Allgemeine Gewerkschaftsbund CGT und die sogenannte Force Ouvrière (CGT-FO) streikten dafür, dass das Vorhaben zurückgezogen werde, die CFDT (Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund) wollte die Gesetzesvorlage punktuell abschwächen. Die Unternehmerverbände heizten den Konflikt an, indem sie Maximalforderungen stellten, die weit über die Vorlage der Regierung hinausgingen. Die Regierung spielte zunächst auf Zeit, war aber zu Konzessionen bereit, als sich in vielen Städten eine Kooperation zwischen streikenden Gewerkschaften und den Protestierenden von »Nuit debout« anbahnte.

Eine Initialzündung für die breite Protestbewegung bildeten außer der Arbeitsrechtsreform zwei satirische und kritische Dokumentarfilme: *Merci patron!* von François Rufin und *Demain* von Cyril Dion und Mélanie Laurent, die in über 250 Kinos liefen und allein zwischen dem 24. Februar und dem 14. April von rund zwei Millionen Menschen besucht wurden. Ruffins erklärtes Ziel war es, »die Menschen aus dem privaten Unter-sich-sein« herauszulocken. *Le Monde* sprach von der Geburt des »Cinéma de combat« (»Kampfkino«). Zunächst in Paris, dann auch schnell in weiteren Städten, entstand eine bunte Protestbewegung von 18- bis 30-jährigen Arbeitslosen, Gewerkschaftern, Gymnasiasten, Praktikanten, Studenten, prekär Beschäftigten, Wohnungslosen, Hausbesetzern, militanten Ökologen. Sie waren vereint in der Gewissheit, dass keine Partei, keine Wahl, kein Parlament, keine Regierung und schon gar nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung ihnen einen Zugang zu

Bildung, Beruf, Wohnung und Lebenschancen verschaffen wolle und könne. Sie protestierten, wie *Le Monde* es am 8. April 2016 bündig formulierte, gegen »das prekäre Leben und eine unbewohnbare Welt«. Der Soziologe und Ökonom Frédéric Lordon formulierte das Ziel der Bewegung provokativ mit dem Satz »Wir fordern nichts«, d.h., »Wir fordern alles« – einen totalen Systemwechsel. Allenfalls am Rande der Bewegung wird die Paradoxie registriert, dass dieser abstrakte Universalismus in eine politische Sackgasse führt, in die noch alle Minderheiten gerieten, wenn sie beanspruchten, alle zu vertreten und für alles zu sprechen.

Unter dem Namen »Nuit debout« versammeln sich die Protestierenden nach der Großdemonstration gegen die Arbeitsrecht»reform« vom 31. März abends auf der Pariser Place de la République Nacht für Nacht und feiern, tanzen und diskutieren bis in die Morgenstunden. Viele übernachteten in Zelten und improvisierten Unterständen. Gegen die Vermutung, es handle sich um ein bloßes Strohfeder, das bald von selbst erlöschen werde, bekräftigten die Demonstranten ihren politischen Willen mit einer neuen Zeitmessung: Sie zählten nach dem erfolgreichen Märztag einfach weiter, und so wurde aus dem 5. April der 36. März.

Aneignung des öffentlichen Raums

Die Protestbewegungen in vielen Städten wurden in den französischen Medien aufmerksam verfolgt und diskutiert. Ein Smartphone-Filmer fand mit seinen Kurzfilmen innerhalb weniger Tage 80.000 Follower bzw. Klicks. In den Printmedien kamen die Proteste ebenso auf die Seite eins wie bei Nachrichtensendungen im Fernsehen auf den ersten Platz. Zwar besuchten einzelne Politiker die Place de la République diskret, aber sie fanden keine Führungskräfte, mit denen sie vor die Kameras treten konnten. Die Protestbewegung bewegt sich chaotisch zwischen Diskussionen und Abstimmungen in Vollversammlungen, Arbeitsgruppen und informellen Zirkeln, aber auf jeden Fall ohne wahrnehmbare Hierarchien. Von sich aus lehnt die Protestbewegung jede Anlehnung an Parteien oder gar die Regierung ab und beschränkt sich darauf, sich den öffentlichen Raum wieder anzueignen, nachdem er über Monate im Namen des Ausnahmezustandes von den Ordnungskräften besetzt worden war. Einzig Vertreter der Schülerorganisationen, die rund 100 Gymnasien im ganzen Land blockierten und Mitschüler, Lehrer und Schulleitungen zu Diskussionen zwangen, waren bereit zu einem Gespräch im Erziehungsministerium, das – in bewährter Taktik – durch seine Gesprächsbereitschaft die Wogen glätten und der Blockadewelle den Wind aus den Segeln nehmen wollte.

Die konservative französische Presse, vorab *Le Figaro* des Medien- und Rüstungsunternehmers Serge Dassault, der rund 70 Zeitungen kontrolliert, begann schnell mit einer regelrechten Hetzkampagne gegen »Nuit debout«. Die Bewegung wurde reduziert auf die sehr kleine Minderheit von gewalttätigen Demonstranten, die fortan die Schlagzeilen füllten. Am 22. April unterstellte der Leitartikel des *Figaro* der Bewegung pauschal eine »totalitäre Ideologie«, »Islam-Marxismus«, »Menschenrechtlerium« und »Robespierismus«. Skibrillen, die einige Demonstranten zum Schutz gegen Tränengasangriffe der Polizei trugen, wurden zu »Waffen« erklärt.

Berechenbar war auch die Reaktion führender deutscher Medien. Fast zwei Wochen war die Protestwelle überhaupt kein Thema. Erst am 11. April brach die *FAZ* das Schweigen unter dem Titel »Wenn das Volk aufwacht«. Der kurze Bericht der Pariser Korrespondentin Michaela Wiegel war ressentimentgeladen und demagogisch. Unter einem Bild, das sechs vermummte und Steine werfende Chaoten bzw. Autonome (französisch »casseur«) zeigt, suggeriert der Bericht, die Protestbewegung argumentiere und agiere nur mit Steinen und Krawall. Tatsache ist, dass es sich bei der polizeibekanntem, rund 300 Jugendliche umfassenden Pariser Gruppierung MILI (»Mouvement inter-luttes indépendant«) um Leute handelt, die jede Demonstration für ihre wirren Ziele zu instrumentalisieren versuchen. Martina Meister, die Korrespondentin für die Berliner *WELT* und den Zürcher *Tagesanzeiger* nutzte die Proteste für eine platte Gewerkschaftsschelte unter dem Titel »Der letzte Dinosaurier« und stellte sich auf die Seite der Regierung und ihre »Reform«. Christian Wernicke, der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, verniedlichte den politischen Protest zum harmlosen Happening von »französischen Nachtmenschen«. Erst nach zwei Wochen umfangreicher Berichterstattung in den französischen Medien brachten deutsche Medien handwerklich vertretbare Reportagen über die Bewegung, die sich mittlerweile auf das ganze Land ausgebreitete hatte. Allerdings verschwand diese Art Berichterstattung bald wieder und wurde abgelöst von Artikeln über Zusammenstöße zwischen Demonstranten mit der für ihre Brutalität bekannten, kasernierten Spezialpolizei CRS.

Die Bewegung »Nuit debout« fand trotzdem große Resonanz. Überall solidarisierten sich Gruppen vor allem aus dem kulturellen Sektor mit den Pariser Demonstranten von »Théâtre debout«, über »Musée debout« und »Art debout« bis zu »Orchestre debout« und »Bibliothèque debout«. Charlene Dinhut, Programmdirektorin des Centre Pompidou erklärte: »Die Kultureinrichtungen sind nicht ausgenommen von den Fragen, die »Nuit debout« zur Diskussion stellt«.

Angst vor der Instrumentalisierung

Führende französische Intellektuelle, denen sich auch der deutsche Soziologe Wolfgang Streeck anschloss, formulierten in einem Aufruf (*Le Monde* vom 4. Mai 2016) als Ziel von »Nuit debout« eine »Kooperation mit den Gewerkschaften und der Arbeiterklasse«. Die Chefs der beiden großen Gewerkschaftsverbände CGT (Philippe Martinez) und CGT-FO (Jean-Claude Mailly) erklärten: »Wir sind für die Abstimmung der Kämpfe« von Gewerkschaften und »Nuit debout«. Dazu kam es bisher aber nur auf lokaler Ebene, denn die Angst vor der Instrumentalisierung ist wechselseitig sehr groß.

Von konservativer Seite wird die Protestbewegung entweder als »Westentaschenrevolution« (*Le Figaro* vom 27. April 2016) von »militanten Kleinbürgern« (*Le Figaro* vom 21. April 2016) verhöhnt oder dämonisiert: »Nuit debout« – das sind »heute Dutzende angezündeter Autos, geplünderte Geschäfte, beschädigte öffentliche Räume, vertriebene Anwohner«. Einen Höhepunkt erreichte die Kampagne gegen »Nuit debout« nach einem als provokativ empfundenen Besuch des rechts stehenden Philosophen und Akademiemitglieds Alain Finkielkraut auf der Place de la République.

Er wurde beschimpft, beleidigt und von einer vulgären Person sogar bespuckt. Im konservativen Wochenblatt *Le Point* (21. April 2016) verglich der Philosoph Michel Onfray diese widerliche Attacke »mit der auf dem Unterarm eintätowierten Häftlingsnummer der Vorfahren« Finkielkrauts, die als polnische Juden in deutsche Konzentrationslager verschleppt worden waren. Die Spucke deutete Onfray forsch als verwundend »wie ein Messerstich« und »als letzte Warnung vor der Katastrophe«. In seinem weinerlichen Bericht über den Vorfall zog Finkielkraut selbst ähnlich unpassende Register und bezichtigte »die Avantgarde« von »Nuit debout jedes abweichende Denken zu eliminieren, als ob das 20. Jahrhundert nicht stattgefunden hätte« und sprach – in dramatisierender Anspielung auf das Schicksal seiner Vorfahren – von der »Ächtung des Andersseins« und der »Wiedererfindung des Totalitarismus«. Diejenigen, die den Protest für eine kurzlebige, medial inszenierte Bewegung hielten, haben sich getäuscht.



Rudolf Walther

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt am Main. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* erscheint im Herbst der fünfte Band der Reihe mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag.

rudolf.walther@t-online.de

Philipp Fink/Heinrich Tiemann

Deutschland driftet weiter auseinander

2015 war erneut ein gutes Jahr für die deutsche Volkswirtschaft. Im Gegensatz zu früheren Wachstumsphasen hat sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 das deutsche Wachstum zu einer wahren Jobmaschine entwickelt. So gehörte die Arbeitslosenquote von 5,6 % laut EUROSTAT zu den niedrigsten in der EU. 2005 betrug sie dagegen noch 11,7 %. Fragt man allerdings danach, wo die Arbeitsplätze entstanden sind, woher die Wachstumsimpulse stammen und welche Region von der guten Konjunktur profitieren konnte, entsteht ein differenzierteres Bild des Aufschwungs. Denn bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass jenseits der glänzenden gesamtwirtschaftlichen Zahlen nicht alle Gegenden gleichermaßen profitiert haben. Die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Regionen, die sogenannten räumlichen Disparitäten, sind groß und haben seit 2009 – trotz der guten Konjunktur – sogar zugenommen. Etliche Gegenden im Osten und Norden des Landes hinken den Boomregionen im Süden und im Westen hinterher. Sie sind zudem nicht in der Lage, sich eigenständig aus dieser Lage zu befreien, und es wird von Jahr zu Jahr schwieriger.

Die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen haben immer mehr Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Kommunen befinden sich zunehmend in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Abwanderung. Die Bewohner müssen mit einer schlechteren Ausstattung der sozialen und physischen Infrastruktur vor Ort auskommen. Letztendlich schwinden ihre Chancen, erfolgreich am Arbeitsleben